

**2599/J XXIII. GP**

---

Eingelangt am 06.12.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

## Anfrage

**der Abgeordneten Mag<sup>a</sup>. Christine Lapp**  
und Genossinnen und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen  
**betreffend 24 Stunden Betreuung**

In der Broschüre „Betreuung daheim“ des Wirtschaftsministeriums zur 24 Stunden Betreuung schreibt Minister Bartenstein in seinem Vorwort: „Die vorliegende Broschüre gibt Ihnen einen Überblick über die neuen arbeits- und gewerberechtlichen Bestimmungen für eine sichere Betreuung daheim - und konkrete Informationen zur Umsetzung. Für klare und sichere Verhältnisse. Für Betreuung, die Maß am Menschen nimmt.“ Im Gegensatz zu diesem Vorwort und den ausgehandelten Gesetzen zur Regelung der 24 Stunden Betreuung, distanziert sich Minister Bartenstein in einem Interview im Standard vom 29.11. 2007 von den vereinbarten Gesetzen. Auf die Frage warum der Minister gegen die ausgehandelten Gesetze auftrete, meint er „Das wollen die Menschen nicht.“ Diese unterschiedlichen Äußerungen eines Regierungsmitglieds bedingen konkrete Nachfragen an den Vizekanzler und Finanzminister.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an das oben genannte Mitglied der Bundesregierung nachstehende

### Anfrage

1. Stehen Sie zu den ausgehandelten Regierungsbeschlüssen bei der 24 Stunden Betreuung?
2. Sehen das auch die anderen Regierungsmitglieder der VP so?
3. Stehen Sie zu dem paktierten Finanzausgleich?
4. Minister Bartenstein hat in dem Standard - Interview vorgeschlagen, dass keinerlei Vermögens- und Einkommensgrenzen mehr bei Pflege und Betreuung gelten sollten. Zur Finanzierung solcher Maßnahmen wären mehrere hundert Millionen Euro notwendig. Würden Sie diese Mehrkosten im Budget veranschlagen?
5. Haben Sie über diese neuen Finanzierungsformen schon mit den Bundesländern, die ja für den Pflege- und Betreuungsbereich zuständig sind, gesprochen?